Einreicher:
Ilm-Kreis
Die Landrätin

Drucksache-Nr. **045/2**

BESCHLUSSVORLAGE

für die 2. Sitzung des Kreistages des Ilm-Kreises der Wahlperiode 2024 bis 2029

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungszweck
Ausschuss für Finanzen, Struktur und Rechnungsprüfung	03.09.2024	öffentlich	Vorberatung
Kreistag	04.09.2024	öffentlich	Beschlussfassung

Bestätigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Verwaltungshaushalt bei verschiedenen Haushaltsstellen des Deckungsringes 1 91 im Sozialamt

Der Kreistag des Ilm-Kreises möge beschließen:

Die überplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt innerhalb des Deckungsringes 1 91 Sozialamt, Leistungen zur Bildung und Teilhabe nach § 6 b Bundeskindergeldgesetz bei den Haushaltsstellen:

49530.78120 Mehrtägige Klassenfahrten in Höhe von **12.500,00 €**,
49530.78130 Schulbedarf in Höhe von **40.000,00 €**,
49530.78150 Lernförderung in Höhe von **7.500,00 €,**
49530.78160 Mittagsverpflegung -Schüler- in Höhe von **83.000,00 €,**
49530.78161 Mittagsverpflegung -KiTA- in Höhe von **41.000,00 €,**
49530.78170 s.+k. Leben -Mitgliedsbeiträge- in Höhe von **5.000,00 €,**
49530.78171 s.+k. Leben -künstlerische Fächer- in Höhe **1.000,00 €,**
49530.78172 s.+k. Leben -Teilnahme an Freizeiten in Höhe **von 5.000,00 €,**

gedeckt durch Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 49540.71500 Mobilitätsticket in Höhe von 150.000,00 €, 40000.65520 Gutachten Mietwerterhebung der KdU-Richtlinie in Höhe von 32.500,00 € und 47100.71807 Beschäftigungsinitiative Ilm-Kreis in Höhe von 12.500,00 €, werden bestätigt.

Begründung:

Die Überschreitung der Ausgabeansätze begründet sich wie folgt:

Ilm-Kreis

Steigerung der Zahl potenziell leistungsberechtigter Personen
Im Bereich der Leistungen zur Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) sind die Antragszahlen durch einen vermehrten Anspruch auf Wohngeld – im Rahmen der Wohngeldreform sowie der Dynamisierung der Wohngeldsätze – und der Anpassung des Kinderzuschlags exponentiell gestiegen.
Hinzu kommt ein starker Anstieg leistungsberechtigter Personen aufgrund der Sonderregelungen für ukrainische Flüchtlinge, welche sofort in die verschiedenen Sozialsysteme der BRD fallen. Entgegen ursprünglicher Planungen hat das Einmünden ukrainischer Flüchtlinge in bedarfsdeckende Erwerbstätigkeit in nur unterdurchschnittlichem Umfang stattgefunden, was zu einem längeren Verbleib der Bedarfsgemeinschaften in den Sozialsystemen führt.
Die steigende Anzahl von Leistungsberechtigten im Zusammenwirken mit der gesetzlich vorgegebenen Dynamisierung der Leistungsbeträge für den allgemeinen Schulbedarf führt auch hier zu einem deutlichen Anstieg.

Preisanstieg
In den betroffenen Haushaltsstellen 49530.78160/78161 Mittagsverpflegung Schüler/KiTa hat sich der allgemeine Preisanstieg von Verbrauchsgütern -insbesondere bei Lebensmitteln und Energie- überdurchschnittlich niedergeschlagen.

Auslaufende Landes-/Bundesförderung
In der Haushaltsstelle 49530.78150 Lernförderung begründet sich die sich die Kostensteigerung zunächst durch neue Anbieter auf dem Markt, welche vermehrt neue Kunden anwerben. Hinzu kommt, dass das Förderprogramm des Freistaates „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ ausgelaufen ist. In den Ramen dieses Förderprojektes jedoch Bedarfe anerkannt wurden, die nunmehr über Bildung und Teilhabe befriedigt werden.

Haushaltsstelle 49530.71820 – Klassenfahrten
Der für diese Haushaltsstelle berücksichtigte Planansatz unterliegt immer einem hohen Grad an Unsicherheit, da die konkrete Inanspruchnahme kaum prognostiziert werden kann. Spürbar sind jedoch auch hier der Anstieg potenziell leistungsberechtigter Personen sowie der allgemeine Kostenanstieg bei der konkreten Reiseleistung.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben erfolgt aus nachfolgenden Haushaltsstellen:

49500.71500 Mobilitätsticket 150.000,00 €
Aufgrund der ggw. Geltung der Regelungen zum 49 € Ticket erfolgte die Inanspruchnahme der kreislichen Alternative individueller Mobilität (Mobilitätsticket) bisher nur in geringem Umfang.

40000.65520 Gutachten Mietwerterhebung KdU 32.500,00 €
In Abstimmung mit dem Ausschuss für Gleichstellung, Soziales und Gesundheit (GSG) wird im Haushaltsjahr 2024 keine Erstellung eines Gutachtens Mietwerterhebung zur Aktualisierung der KdU-Richtlinie erfolgen.

47100.71804 Beschäftigungsinitiative Ilm-Kreis 12.500,00 €
Die Inanspruchnahme der Mittel der Haushaltsstelle zur Deckung erscheint möglich, da aufgrund der Besonderheit der Förderung gemäß § 16e SGB II (abschmelzender Förderhöchstbetrag) bei der Mittelgewährung Reserven für kommende Bewilligungsabschnitte berücksichtigt wurden.

gez: Petra Enders
Landrätin

Ilm-Kreis